

Lage der Studenten

25. Oktober 1956

Information Nr. 275/56 – Betrifft: Lage der Studenten (Anhang zum Punkt 2 der Information Nr. 274)

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1b, Bl. 123–127.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung; vermutlich analog zur Information 274/56.

Bemerkungen

Die Information ist in Information 274/56 als Punkt 2 »Lage unter den Studenten (als Anhang)« ausgewiesen, aber als eigene Information ausgefertigt worden.

Verweis

Information [274/56](#).

Humboldt-Universität Berlin

An der Philosophischen Fakultät, Fachrichtung Slawistik, wurde zum Hauptinhalt der Diskussion die Wahl des Genossen Gomulka zum 1. Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei.¹ Seine Wahl sei deshalb erfolgt, weil er der konsequenteste Gegner des Personenkults sei und damit die Volksmassen beruhigt werden sollen. Ebenso wird der »Prawda« Artikel (ND v. 21.10.1956) als nicht objektiv bezeichnet.² In diesem Artikel trete die Meinung des Verfassers zu sehr in den Vordergrund, er wirkt als Angriff und Beleidigung für das polnische Volk.³ In den Diskussionen wird gesagt, dass in unserer Presse zu wenig aus der Weltpresse berichtet wird. In unserer Presse wurde z. B. nicht wie in der polnischen Presse berichtet, dass Zeugen in Poznan ihre Aussagen widerrufen haben zu denen sie vorher gezwungen worden sind.⁴ An der Wandzeitung der medizinischen Fakultät wurde folgender Artikel veröffentlicht (sinngemäß): Am Montag wurde eine Ausgabe der »BZ am Abend« beschlagnahmt, die Auszüge aus der Rede des 1. Sekretärs der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei veröffentlichte.⁵ Diese Maßnahme sei ein Eingriff in die demokratischen Rechte. Der Verfasser ist der Meinung, dass die Bürger der DDR zuerst ein Recht auf wahrheitsgetreue Informationen über die Vorgänge in den Volksdemokratien. Nicht erst durch die Westpresse.

Durch einen Studenten wurde eine Resolution entworfen, die den Protest gegen das Vorgehen des Presseamtes der DDR ausspricht. Diese Resolution wurde von der FDJ-Studienjahrleitung abgelehnt ohne den Studenten vorgelegt zu werden. Damit würde die Leitung beweisen, dass sie nicht die Interessen der Studenten vertrete, die politische Willensbildung der Studenten missachtet. (Bewilligung von Reisegenehmigungen nach Westdeutschland, nichteinladen eines SPD-Abgeordneten zu einer Diskussion) Diese Verfahrensweise der Leitung, sich sklavisch an die Forderungen der übergeordneten Leitung zu halten, stempelt die Studenten zu politischen Säuglingen. Prinzipielle Fehler könnten nur verhindert werden, wenn die »Geleiteten« ihre Meinung unmissverständlich und laut zum Ausdruck bringen. Forderung:

1. Resolution vor dem 1. Studienjahr zur Abstimmung bringen, 2. FDJ-Studienjahrleitung als echte Studentenvertretung neu zu bilden, wenn sie nicht endlich Konsequenzen aus ihren Fehlern zieht. Der Artikelschreiber – Wolters, Hans-Georg⁶ – war bisher noch nicht in Erscheinung getreten. Er soll Verbindung nach Westberlin haben.

Auf einer Aktivtagung der FDJ an der Universität traten verschiedene Fakultäten mit ausgearbeiteten Plattformen auf. Die häufigste Forderung war freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit. In einer Parteiaktivtagung brachten Genossen zum Ausdruck, dass sie im Allgemeinen die Wahlen 1954 mit vorbereitet haben, jedoch mit der Form der Durchführung der Wahlen nicht einverstanden waren.⁷ Die Partei konnte ihnen diesbezüglich keine erschöpfende Arbeit geben.

Inaktivität der Genossen der medizinischen Fakultät wurde mit der nur fünfjährigen Studienzeit begründet (früher 6 Jahre). Der Parteiorganisator des 3. Studienjahres der Philosophischen Fakultät, Fachrichtung Geschichte, erklärte: »... Die Lage ist so ernst, ich verstehe nicht, warum die Partei noch nicht in Aktion ist ...«

An der Universität bestand ein »Jakobiner-Club«. Ihm gehörten Genossen an, die jeden Freitag zusammentrafen und über wissenschaftliche, politische und philosophische Probleme diskutierten. Es bildete sich eine Opposition gegen die Parteipolitik heraus, die die Auflösung dieses »Jakobiner-Clubs« durch die Partei mit sich brachte.⁸ Am 11.10.1956 fand ein Diskussionsabend der ehemaligen »Jakobiner« statt (ca. 50 Personen), der sich mit folgenden Problemen beschäftigte: Der Schritt der polnischen Jugend neue Wege zu suchen (Veröffentlichungen in »Nowa Literatura«)⁹ ist zu begrüßen. Sperrbibliotheken sollen allgemein zugänglich werden.¹⁰ Diskussion über das Buch »Die Revolution entlässt ihre Kinder« von Wolfgang Leonhard.¹¹ Dieses Buch war allgemein bekannt. Es wurde festgestellt, dass der Autor in vielen Fällen Recht habe.

Über die »Geheimrede« des Genossen Chruschtschow wurde gesprochen und bemängelt, dass die Rede den Studenten vorenthalten wird und sie sich durch andere »Quellen« informieren müssten.¹² Sie erklärten sich mit der Feststellung Togliattis¹³ einverstanden, dass der Stalinismus eine Entartung der Sowjetgesellschaft ist.¹⁴ Besonders wurde gegen die ungenügende Information durch das »ND« Stellung genommen. Der Parteiorganisator des 3. Studienjahres, Fachrichtung Geschichte, forderte eine überparteiliche Zeitung für die Intelligenz. Es wurde ein Aufruf zum 2. Studentenforum am 25.10.1956, 18.00 Uhr, von unbekannter Seite veröffentlicht. Es sollte sich mit der Einziehung der Montagsausgabe der »BZ am Abend« beschäftigen. Es wird Antwort gefordert, ob die Pressefreiheit und Demokratisierung diese Maßnahme rechtfertige.

Auch an der *Hochschule für Ökonomie*, 4. Studienjahr der Volkswirtschaftlichen Fakultät, wurde über die Lage in der Volksrepublik Polen diskutiert. So z. B.: Die Genossen fordern eine Stellungnahme des ZK der SED zu den Fragen in Volkspolen. Deswegen wurden drei Genossen zur Redaktion des »ND« delegiert um dort die Forderungen zu vertreten. Es wurde gegen die Einziehung der »BZ am Abend« Stellung genommen. Gegen eine Veröffentlichung des Artikels hat nichts gesprochen, da er nichts Parteifeindliches zum Inhalt hatte. Es bestehen Unklarheiten über die Person des Genossen Gomulka. Es wurden Vergleiche gezogen über die Höhe der Strafen in der DDR nach dem faschistischen Putschversuch am 17.6.1953 und den Vorfällen in Poznan. Warum in der DDR so hohe Strafen, in der Volksrepublik Polen jedoch nicht. Ein Student äußerte, »wenn im ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei Mitglieder des Politbüros ausgeschieden sind,¹⁵ müsste es bei uns zu dieser Maßnahme auch an der Zeit sein.«¹⁶ Der Kandidat für die ZPL (1. Sekretär) nimmt zu diesen Diskussionen eine abwartende Haltung ein. Er wartet auf eine Veröffentlichung des ZK der SED.

An der *Hochschule für bildende und angewandte Kunst in Berlin-Weißensee* wurde Kritik an der Arbeitsweise des »ND« und dem Aussehen der Zeitung geübt. Es wurde wiederholt die Redaktion, das ZK und die Bezirksleitung kritisiert und eine Aussprache gefordert. Diese Aussprache fand nicht statt. Die Stimmung verschlechterte sich nach der angeblich schlechten Berichterstattung über die Ereignisse in Volkspolen. Die Studenten forderten Aufklärung über diese Fragen in einer Versammlung. Diese Versammlung sollte am 24.10.1956 stattfinden. Dafür sprach auch der FDJ-Sekretär, der Mitglied der Parteileitung ist.

Am 23.10.1956 wurde in der Parteileitung diese Versammlung abgesetzt. In einer Aussprache mit den Vertretern der Seminare, wo für 15 bis 20 Personen, 50 bis 60 Personen (3 Dozenten) erschienen. Hauptpunkte der Diskussion:

1. Endlich Schlussmachen mit der Nachtrabpolitik.
2. Warum keine rechtzeitige Information? Weshalb keine richtige Argumentation zu den Ereignissen?
3. Wer ist Gomulka?
4. Seine Rede muss veröffentlicht werden zur eigenen Meinungsbildung. Die Zeit des Diktats müsse vorbei sein.
5. Es geht um zwei Hauptfragen:
 - a) um die Redaktion des ND
 - b) um die Ereignisse in Polen.
6. Solange Achtgroschenjungen eine Provokation organisieren können, ist in unserer Politik etwas nicht in Ordnung (NDPD-Mitglied).
7. Wir werden zur polnischen Botschaft gehen und uns die Rede Gomulkas holen.¹⁷

Auf den Hinweis des 1. Sekretärs der SED Kreisleitung, dass die Note der SU zum Deutschlandproblem im Mittelpunkt stünde,¹⁸ ertönte ein vielstimmiges Gelächter und der Hinweis, diese Ablenkungsmanöver seien bekannt. Wenn nicht Klarheit über Polen gegeben wird, könnten ja einmal 200 Studenten marschieren. Die Hochschule hat enge Verbindungen mit der gleichartigen Hochschule in Warschau.

An der *Karl-Marx-Universität Leipzig* wurden folgende Diskussionen bekannt: Der »Prawda«-Artikel mische sich in die inneren Angelegenheiten Polens.¹⁹ Er ist keine Auseinandersetzung sondern Schimpferei. Die Wahl Gomulkas erfolgte auf Druck der Massen. Es muss schon schlimm sein, wenn Chruschtschow erst nach Warschau fahren muss. In Ungarn sind die Studenten massenweise aus dem Kommunistischen Jugendverband ausgetreten. Sie bilden eine eigene Jugendorganisation.²⁰ Das Grundstudium ist abgeschafft. Weitere Diskussionen sind denen an der Humboldt-Universität ähnlich.

Studenten der *Schiffsbau und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock* diskutierten ebenfalls über den Austritt von 3 000 Studenten aus dem Jugendverband Ungarns.

wiedergewonnenen Gebiete, Ende 1949 aus der PVAP ausgeschlossen, 1951 verhaftet, Ende 1954 aus der Haft entlassen. – Am 21.10.1956 wurde Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt.

2

Vgl. Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse. Artikel des Warschauer »Prawda«-Korrespondenten vom 20. Oktober. In: ND v. 21.10.1956, S. 5. In dem Artikel werden u. a. »[i]n den letzten Tagen in der polnischen Presse immer häufiger« erscheinende »Äußerungen, aus denen die Predigt auf einen Verzicht auf den sozialistischen Weg herausklingt«, scharf kritisiert.

3

Die letzten drei Sätze des Abschnitts am Rand rot markiert.

4

Hier geht es vermutlich um Zeugenaussagen im Rahmen der Posener Prozesse (27.9.–12.10.1956), in denen am Posener Aufstand vom Juni 1956 Beteiligte angeklagt und zum Teil zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

5

Am 22.10.1956 wurden 200 000 Exemplare der Ostberliner Tageszeitung »BZ am Abend« eingezogen. Die »BZ am Abend« hatte – als einzige Zeitung in der DDR – in dieser Ausgabe einen kurzen Auszug aus der Antrittsrede Gomułkas sowie ein Bild veröffentlicht. Vgl. Politische und wirtschaftliche Probleme Volkspolens. Aus der Rede Gomułkas auf der 8. Plenartagung des ZK. In: BZ am Abend v. 25.10.1956, S. 2.

6

Hans-Georg Wolters, Jg. 1934, Arzt und SPD-Politiker, 1952–57 Student der Medizin an der Humboldt-Universität zu Berlin, anschließend Übersiedlung nach Westberlin.

7

Gemeint sind die Wahlen zur zweiten Volkskammer vom 17.10.1954.

8

Im Original: »Jakubiner-Club«. Der Jakobiner-Club war ein im März 1956 von Geschichtsstudierenden des 2. Studienjahres an der Humboldt-Universität zu Berlin gebildeter informeller Diskussionszirkel, der bis Ende 1956 aktiv war. Ein offizielles Verbot oder eine formelle Auflösung des Jakobiner-Clubs hat es nicht gegeben. Vgl. dazu Schuster, Ulrike: Ein ostberliner Jakobiner-Club. Reformversuche von Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1956. In: Herrmann, Ulrich (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Weinheim, München 2002, S. 151–176.

9

Eine Zeitschrift dieses Namens ließ sich nicht ermitteln. Gemeint ist vermutlich die in Warschau herausgegebene Wochenzeitschrift »Nowa Kultura«, die von 1950 bis 1963 existierte und von 1952 bis 1956 offizielles Organ des polnischen Schriftstellerverbandes war.

10

Die letzten zwei Sätze am Rand rot markiert.

11

Wolfgang Leonhard, Jg. 1921, seit 1935 in der Sowjetunion, dort ab 1941 Ausbildung zum kommunistischen Politkommissar, 1945 Rückkehr nach Berlin als Mitglied der »Gruppe Ulbricht«, 1945–47 Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda der KPD bzw. der SED, 1947–49 Dozent an der Fakultät für Geschichte der SED-Parteihochschule »Karl Marx«, 1949 Bruch mit dem Stalinismus, Flucht nach Jugoslawien und 1950 in die Bundesrepublik, dort Mitarbeiter des Verlags Kiepenheuer & Witsch, 1956–58 Postgraduierter an der Universität Oxford. – 1955 veröffentlichte Leonhard das Buch »Die Revolution entlässt ihre Kinder«, in dem er seine Zeit als kommunistischer Funktionär in der Sowjetunion und in der DDR schildert. Vgl. Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1955.

12

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU, der vom 14. bis 25.2.1956 in Moskau stattfand, hatte Parteichef Chruschtschow in einer Geheimrede den Personenkult um Stalin kritisiert und Stalins Verbrechen enthüllt. Die Rede wurde in der DDR nicht veröffentlicht.

13

Palmiro Togliatti, Jg. 1893, italienischer kommunistischer Politiker, 1947–64 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), 1948–64 Mitglied der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments.

14

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens Palmiro Togliatti hatte in einem Interview mit der Zeitschrift Nuovi Argomenti, Ausgabe Mai/Juni 1956, u. a. geäußert: »Auf diese Weise geht man an den wahren Problemen vorbei, der Frage nämlich, wie und warum es in der sowjetischen Gesellschaft zu gewissen Formen der Abweichung von der demokratischen Praxis und von der ursprünglichen Legalität und selbst zu gewissen Entartungserscheinungen kommen konnte und gekommen ist.« Zit. nach: Togliatti, Palmiro: Reden und Schriften. Eine Auswahl. Hg. v. Claudio Pozzoli. Frankfurt/M. 1967, S. 89–123, hier 107.

15

Am 21.10.1956 wählte das 8. Plenum des Zentralkomitees der PVAP ein neues Politbüro. Die Gegner eines forcierten Entstalinisierungskurses Konstantin Rokossowski, Zenon Nowak, Władysław Dworakowski, Franciszek Mazur und Franciszek Jóźwiak sowie Roman Nowak und Edward

Gierek wurden nicht wieder in das Gremium gewählt.

16

Absatz von »Es bestehen Unklarheiten ...« bis hier am Rand rot markiert.

17

Die sieben Punkte am Rand rot markiert.

18

Gemeint ist vermutlich die Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland v. 22.10.1956. Wortlaut (russisch und deutsch) in: Dokumente zur Deutschlandpolitik III/2, S. 813–824.

19

Gemeint ist ein Artikel in der »Prawda« über die Ereignisse in Polen, der im »Neuen Deutschland« nachgedruckt wurde. Vgl. Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse. Artikel des Warschauer »Prawda«-Korrespondenten vom 20. Oktober. In: ND v. 21.10.1956, S. 5. In dem Artikel werden u. a. »[i]n den letzten Tagen in der polnischen Presse immer häufiger« erscheinende »Äußerungen, aus denen die Predigt auf einen Verzicht auf den sozialistischen Weg herausklingt«, scharf kritisiert.

20

Am 15.10. bzw. 22.10.1956 erklärten Studenten aus dem südungarischen Szeged und aus Budapest ihren Austritt aus dem von der Partei der Ungarischen Werktätigen (Magyar Dolgozók Pártja – MDP) gesteuerten Bund der Werktätigen Jugend (Dolgozó Ifjúság Szövetsége – DISZ) und gründeten den unabhängigen Bund der ungarischen Hochschüler und Studenten (Magyar Egyetemisták és Főiskolások Szövetsége – MEFESZ). Vgl. Rainer, Janos M.; Barth, Bernd-Rainer: Ungarische Revolution: Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion. In: Hegedüs, András B.; Wilke, Manfred (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der »Neue Kurs«. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956. Berlin 2000, S. 219–258, hier 229.